

Rechtsanwalt Dr. Peer Stolle
Immanuelkirchstraße 3-4
10405 Berlin
Tel.: 030/44 67 9216
Fax: 030/ 44 67 9220

Rechtsanwalt Yunus Ziyal
Breite Gasse 76
90402 Nürnberg
Tel.: 0911/37 66 42 77
Fax: 0911/ 37 66 42 799

München, den

In dem Strafverfahren

./ Dr. Büyükcavci u.a.

7 St 1/16

wird der durch Anordnung des Vorsitzenden vom 23. September 2016 verfügten Einführung der dort unter Nr. 16 aufgeführten Urkunde „Schreiben der Polizeigeneraldirektion Istanbul vom 25.09.2013“ (auszugsweise, SA I 2.2.3, Bl. 257-272) gemäß § 249 Abs. 2 StPO i.V.m. §§ 249 Abs.1, 256 Abs. 1 StPO

widersprochen.

Begründung:

1. Das unter dem 23. September 2016 angeordnete Selbstleseverfahren ist noch nicht gemäß § 249 Abs. 2 Satz 3 StPO abgeschlossen; eine Erhebung des Widerspruchs ist daher noch zulässig. Dem steht auch nicht § 249 Abs. 2 Satz 2 StPO entgegen, da davon nur der Widerspruch gegen die Anordnung des Selbstleseverfahrens gemäß § 249 Abs. 2 Satz 1 StPO umfasst ist; der nun erhobene Widerspruch betrifft dagegen nicht die Anordnung an sich, sondern die Unzulässigkeit der Verlesung der genannten Urkunde.

2.a) Der erste Teil des Dokumentes ist ein mutmaßliches Schreiben der Polizeigeneraldirektion des Gouverneurs zu Istanbul vom 25. September 2013 an die Oberstaatsanwaltschaft zu Istanbul, in dem u. a. Bezug genommen wird auf ein Schreiben des Generalbundesanwaltes vom 17. April 2013. In diesem Schreiben, das von dem damaligen Direktor der Abteilung für Terrorbekämpfung, Ömer Köse, unterzeichnet worden ist, wird zusammenfassend mitgeteilt, dass in Erledigung eines Rechtshilfeersuchens des Generalbundesanwaltes von dem Unterzeichner des Schreibens an die Oberstaatsanwaltschaft zu Istanbul anliegende Informationen und Dokumente übersandt werden, die die „Terrororganisation TKP-ML Konferans“ betreffen.

b) Von der Selbstleseanordnung umfasst ist als zweites Dokument ferner ein 15-seitiger Auszug (die auf einen Seitenumfang von 74 Seiten verweisende Seitenzahlen, sind augenscheinlich eigenmächtig von dem unbekanntem Übersetzer hinzugefügt worden), der als vertraulich gekennzeichnet ist und der mit einem Inhaltsverzeichnis beginnt. Dabei soll es sich um ein Erledigungsstück aus dem Rechtshilfeersuchen des Generalbundesanwaltes vom 17. April. 2013 (SA I 2.2.3., Bl. 12 ff.) handeln, deren Kern ein Bericht türkischer Sicherheitsbehörden über die TKP/ML und TIKKO in der Türkei und Deutschland sein soll, der sich nach der Übersetzung u. a. gliedert in die Teile TIKKO, TMLGB, Gewaltaktionen, aktuelle Auslandsstruktur der Terrororganisation, Finanzquellen, Konferenzbeschlüsse, Hauptgebiete der Orientierung, Aktionskapazität, Zusammenarbeit mit der PKK, gemeinsam durchgeführte Aktionen, Aussagen von Mitgliedern, Informationen zu Personen und Schlussfolgerungen.

Jede dieser Seiten soll nach der Übersetzung mit dem Zusatz „Präsidium des Referates Terrorbekämpfung, Direktion der Zweigstelle für öffentliche Ordnung“ sowie dem Stempelaufdruck „Republik Türkei, Polizeigeneraldirektion, Leitung des Referates für Terrorbekämpfung“ versehen sein und diagonal drei Mal mit "13-05263" überstempelt sein. Auf einen konkreten Verfasser, den Zeitpunkt der Erstellung des Dokumentes, der Grundlage, auf der die dort zusammengeführten Informationen erstellt worden sind, sowie der Zweck der Erstellung finden sich weder in dem vorgehefteten Schreiben des Ömer Köse noch ergeben sie sich sonst aus dem Sachzusammenhang.

3. Bezüglich der Verlesung des genannten Dokumentes liegt ein Beweiserhebungsverbot in Form eines Beweismittelverbotes vor.

Gemäß § 256 Abs. 1 Nr. 1 a StPO dürfen nur die ein Zeugnis oder ein Gutachten enthaltenen Erklärungen öffentlicher Behörden verlesen werden. Diese Durchbrechung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes findet ihre Rechtfertigung darin, dass „wegen der besonderen

Autorität von Behörden“ von einer mündlichen Vernehmung ihrer Bediensteten in der Regel abgesehen werden könne. Davon abgesehen, ob es sich bei dem auszugsweise im Rahmen des Selbstleseverfahrens einzuführenden Dokuments mit der Überschrift „Inhaltsverzeichnis“ um ein Zeugnis oder ein Gutachten im Sinne des § 256 Abs. 1 Nr. 1 a StPO handelt, liegt hier zumindest nicht eine von einer öffentlichen Behörde stammende Erklärung im Sinne der Norm vor.

a) Eine von der Behörde stammende Erklärung kann nur dann gemäß § 256 Abs. 1 Nr. 1 a StPO verlesen werden, wenn aus ihr erkennbar wird, von wem die Erklärung stammt (vgl. Meyer-Goßner, StPO § 256 Rn. 15). Grundsätzlich wird gefordert, dass es sich dabei um eine Person handeln soll, die die Behörde repräsentiert bzw. aufgrund besonderer Anordnung zu ihrer Vertretung berechtigt ist. Weder das eine noch das andere ergibt sich aus diesem Dokument. Auch in der Zusammenschau mit dem auf Bl. 100 des SLO 1 abgelegten Schreiben des Direktors der Abteilung für Terrorbekämpfung, Ömer Köse, ergibt sich nicht, dass die nachfolgenden Seiten von Herrn Ömer Köse stammen. Dieses Dokument nimmt daher nicht an dem Vertrauensvorschuss, mit dem behördliche Erklärungen im Sinne des § 256 Abs. 1 Nr. 1 a StPO ausgestattet sind, teil. Mangels Authentizitätsnachweis sowie Hinweisen auf Erstellungszweck, Erstellungsdatum und Erstellungsgrundlage handelt es sich bei diesem Konglomerat auch weder um ein Zeugnis noch um ein Gutachten im Sinne des § 256 Abs. 1 Nr. 1 StPO.

Es handelt sich somit um ein unzulässiges Beweismittel; die Einführung dieser Urkunde durch Verlesung ist daher unzulässig.

b) Selbst wenn man davon ausgehen sollte, dass dieses Schreiben von Ömer Köse stamme, wofür es keine Anhaltspunkte gibt, ist dessen Verlesung unzulässig.

(1) Ömer Köse war zu der Zeit der Übersendung des fraglichen Dokumentes Leiter der Abteilung Terrorbekämpfung des Polizeipräsidiums Istanbul. Köse wurde - darauf wurde schon seitens der Verteidigung Solmaz im Rahmen des von ihr erhobenen Verwertungswiderspruchs gegen die Verlesung des Dokumentes zur 8. PK in der Hauptverhandlung vom 2. Dezember 2016 hingewiesen - am 22. Juli 2014 festgenommen. Es laufen eine Vielzahl von Strafverfahren gegen ihn, u. a. wegen des Vorwurfes der Spionage, illegaler Telefonüberwachung, Dokumentenfälschung, Verletzung der Privatsphäre, Beweisfälschung, der Preisgabe von Ermittlungsinformationen und Mitgliedschaft in der Terrororganisation „Fetö“. In dem Verfahren wegen Mitgliedschaft ist vor dem 14. Istanbuler Strafgericht neben Köse auch Yurt Atayün, ehemaliger Polizeipräsident von Istanbul,

angeklagt. Auf die Rolle von Atayün in der Erledigung des Rechtshilfeersuchens aus dem Jahr 2010 wurde in dem Erhebungswiderspruch der Verteidigung Yesilcali vom 2. Dezember 2016 bereits hingewiesen. Köse befindet sich seit seiner Festnahme durchgehend in Untersuchungshaft (Artikel über das gegen Köse geführte Terrorverfahren, Das Komplottverfahren gegen Tahşiye, Sondakika von September 2016, **Anlage 1**). Köse war insbesondere mit Ermittlungen gegen linke Organisationen befasst, schwerpunktmäßig die DHKP-C. Von welcher Voreingenommenheit seine Ermittlungen geprägt waren zeigt, dass er nach seiner Verhaftung dem AKP-Regime im Jahr 2015 vorwarf, 200 DHKP-C'ler aus der Haft entlassen zu haben, die jetzt im Land morden würden (Interview mit Köse: Skandalöse Offenbarungen des Polizeidirektors Ömer Köse, Gazete2033 v. 6. April 2015, **Anlage 2**).

Köse soll laut den Akten den undatierten Vermerk mit seinem Anschreiben an den Staatsanwalt Ramazan Saban, der diese Schreiben an die Oberstaatsanwaltschaft Istanbul weiterleitete (SA I 2.2.3., Bl. 256) geschickt haben. Bereits im Jahr 2015, also vor dem Putschversuch, wurde gegen den Staatsanwalt Saban ein Strafverfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation eingeleitet. Er wird beschuldigt, u.a. an dem illegalen Abhören von Telefongesprächen beteiligt gewesen zu sein (Parallelverkehr, Yeni Şafak v. 9. April 2016, **Anlage 3**) und ist vom Dienst suspendiert.

(2)

Wie bereits oben ausgeführt worden ist, rechtfertigt die in § 256 Abs. 1 Nr. 1 a StPO normierte Durchbrechung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes diese nur, wenn davon ausgegangen werden kann, dass Behörden und damit von diesen im Rahmen von Zeugnissen oder Gutachten abgegebene Erklärungen eine besondere Autorität für ihre Richtigkeit und Authentizität enthalten. Dies gilt allerdings nicht, wenn diese Behörde in Person ihres Leiters der systematischen Beweisfälschung und weiterer Straftaten verdächtig ist und sich deswegen bereits seit nunmehr mehr als zwei Jahren in Untersuchungshaft befindet.

(3) Dass der Inhalt des Berichts gerade diese Autorität nicht beanspruchen kann ergibt sich auch daraus, dass er tendenziös, partiisch ist und in einigen nur als reine Propaganda gewertet kann. So findet sich in der Übersetzung die Behauptung, dass Ibrahim Kaypakkaya in Haft Selbstmord begangen hätte. Wörtlich heißt es dazu:

„Der Anführer der Organisation, Ibrahim KAYPAKKAYA, der in den Anfang des Jahres 1973 von den Sicherheitskräften gegen die Terrororganisation eingeleiteten Operationen zusammen mit sehr vielen Organisationsmitgliedern verwundet gefangen genommen

worden war, kam am 19.05.1973 im Gefängnis Diyarbakir, in dem er inhaftiert war, bei einem Selbstmord ums Leben; [...]“ (SA I 2.2.3., Bl. 259)

Tatsächlich wurde Ibrahim Kaypakkaya im Militärgefängnis Diyarbakir drei Monate unvorstellbarer Folter unterzogen, ohne dass es dabei gelungen wäre, sein Schweigen zu brechen. An den Folgen der Folter ist Kaypakkaya am 18. März 1973 gestorben. Nach allgemeinen juristischen Kriterien handelt es sich dabei um Mord. Durch sein Verhalten und der von ihm erlittenen Folter wurde Kaypakkaya u. a. zum Symbol des Widerstandes gegen das in der Türkei herrschende Folterregime. Die Behauptung Ibrahim Kaypakkaya hätte Selbstmord begangen, soll dieses Symbol angreifen und geht damit sogar weiter, als die ansonsten übliche und auch von der Bundesanwaltschaft in der Anklage übernommene unbestimmte Darstellung türkischer Sicherheitsbehörden, Kaypakkaya sei im Gefängnis „umgekommen“.

Mit der Einführung dieses Berichts durch das Gericht würde diese Propaganda in Form eines Berichts faktisch den Stempel „rechtstaatlich geprüft“ bekommen. Zugleich wird die Einführung im Selbstleseverfahren für dieses Dokument angeordnet, was jede öffentliche Diskussion über die Verwendung solcher Beweismittel in einem deutschen Strafverfahren erheblich erschwert.

c) Die Unzuverlässigkeit des Inhaltes des Berichtes ergibt sich ferner daraus, dass die Quellen, aus denen sich die vermeintlichen in dem Bericht wiedergegeben Erkenntnisse und Ermittlungsergebnisse stammen, nicht offen gelegt werden. Allerdings muss mit großer Sicherheit angenommen werden, dass dort auch unter Folter gewonnene Informationen verwertet worden sind. Dies ergibt sich schon daraus, dass auch in der Zeit 1999 Folter in der Türkei insbesondere in sogenannten Anti-Terror-Verfahren systematisch angewandt wurde. Das OLG Hamburg führt in einem Urteil gegen einen wegen Mitgliedschaft in der PKK Verurteilten aus dem Jahr 2015 aus:

“Seit Januar 2004 bis in die Gegenwart wurde und wird in der Türkei staatlicherseits systematisch gefoltert, d.h., dass trotz des Verbotes von Folter und Misshandlungen die Vorgesetzten derartige Aktionen dulden, trotz einer Vielzahl von Beschwerden nichts in Richtung Bestrafung unternehmen und eine Wiederholung nicht verhindern. In der Türkei herrscht eine weitgehende Straflosigkeit der Folter. Zu den Folterpraktiken gehören Misshandlungen durch Schläge und Prügel auf die Fußsohlen, das Aufhängen an den

Armen, Elektroschocks, Hochdruckwasserstrahl, Quetschung von Geschlechtsorganen, Drohung mit Vergewaltigung und Nahrungs- sowie Schlafentzug. Die Folterungen ereignen sich sowohl auf den Polizeistationen als auch in Polizeipräsidi in den sog. Abteilungen für die Bekämpfung des Terrors als auch auf Gendarmariewachen sowie an nicht registrierten Orten. (OLG HH, Urteil v. 28. August 2015 – 2 St 1/15 -, S. 45)

d) Die Einführung des Dokumentes im Rahmen des Selbstleseverfahrens ist schließlich auch deswegen unzulässig, weil darin offensichtlich Informationen, die aus von türkischen Behörden begangenen Straftaten herrühren, enthalten sind. So befindet sich auf Blatt 107 des SLO 1 folgender Passus:

„Als Resultat der Zusammenstellung geheimdienstlicher Informationen ergibt sich, dass insbesondere in Deutschland ein ca. 700 bis 800 Personen starkes Kader existiert und sich diese Zahl bei den ausgerichteten Veranstaltungen auf 2.000 heraufsetzt.“

Auf Blatt 109 befindet sich weiter der folgende Passus:

„Nachstehend sind Personen mit ihren Identitätsangaben aufgeführt, die nach Einschätzung in den zirkulierenden geheimdienstlichen Informationen über Aktivitäten hervortreten, die in Deutschland unter dem Namen der Terrororganisation TKP/ML-Konferans unternommen werden.“

Daraus ergibt sich, dass zumindest Teile dieses Dokumentes auf Informationen beruhen, die aufgrund von geheimdienstlicher Tätigkeit, mutmaßlich des türkischen Geheimdienstes MIT, beruhen. Da es sich dabei um Informationen handelt, die offensichtlich auch aus einer geheimdienstlichen Agententätigkeit aus Deutschland stammen, die gemäß § 99 StGB strafbar ist, ergibt sich aus der Art der Informationen, die sich auf die Zusammensetzung und Aktivitäten der TKP/ML in Deutschland beziehen. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass nach aktueller Medienberichterstattung (siehe **Anlage 4**) auch das Bundesamt für Verfassungsschutz davon ausgeht, dass der türkische Geheimdienst MIT mittels nachrichtendienstlichem Einfluss operativ versucht, getarnt in die Willensbildung von deutschen Institutionen einzugreifen, und damit versucht, die öffentliche Meinung durch Desinformation zu lenken. Insofern liegt auch ein Beweismethodenverbot vor.

Bedenklich in diesem Zusammenhang erscheint der Umstand, dass seitens der türkischen Strafverfolgungsbehörden ein Schreiben an die oberste Strafverfolgungsbehörde der Bundesrepublik Deutschland übersandt wird, in dem sich erstere der geheimdienstlichen

Tätigkeit - und damit einer Straftat - im Geltungsbereich des Grundgesetzes berührt; offenbar in dem Wissen, dass durch dieses Berühren seitens der deutschen obersten Strafverfolgungsbehörde keinerlei Schritte gegen die in Bezug genommenen geheimdienstlichen Quellen der türkischen Behörden eingeleitet werden würden und im Vertrauen darauf, dass diese Informationen im Sinne der türkischen Behörden durch die oberste Strafverfolgungsbehörde der Bundesrepublik Deutschland im hiesigen Verfahren gegen die Opposition gegen die offizielle türkische Politik eingesetzt werden.

Ziyal
Rechtsanwalt

Dr. Stolle
Rechtsanwalt

Anlage 1

<http://www.sondakika.com/haber/haber-tahsiyecilere-kumpas-davasi-8798481/>

1. September 2016

2. Tahsiyecilere Kumpas Davası

Tahsiyeciler grubuna yönelik kumpas kurulduğu iddiasıyla açılan davada ilk kez savunma yapan Samanyolu Yayın Grubu eski Başkanı [Hidayet Karaca](#), "Avukatım bıraktı, bazıları hakkında tutuklama kararı verilmiş. Bugün dilekçe yazdıracak avukat bulamıyorum" dedi.

"Tahsiyeciler" olarak bilinen gruba kumpas kurdukları iddiasıyla, hakkında yokluğunda tutuklama kararı verilen firari sanık [Fethullah Gülen](#) ile Samanyolu Yayın Grubu Başkanı [Hidayet Karaca](#), emniyet müdürleri [Ömer Köse](#), Yurt Atayün, [Ali Fuat Yılmaz](#)'in de bulunduğu 9'u tutuklu 33 sanıklı davanın görülmesine devam edildi.

İstanbul 14'üncü Ağır Ceza Mahkemesi'nde Pazartesi günü görülmeye başlanan duruşmada, tutuklu sanıklar [Hidayet Karaca](#), [Ali Fuat Yılmaz](#), Yurt Atayün ve [Ömer Köse](#)'nin de bulunduğu 9 tutuklu sanık ile bazı tutuksuz sanıklar ve avukatları hazır bulundu.

Duruşmada ilk kez savunma yapan Samanyolu Yayın Grubu eski Başkanı [Hidayet Karaca](#), avukatının davayı bıraktığını belirterek, "Öncelikle savunmadan ziyade tarihe not düşüyorum. Çok zor şartlarda savunma yapıyorum. Avukatım bıraktı, bazıları hakkında tutuklama kararı verilmiş. Bugün dilekçe yazdıracak avukat bulamıyorum. İnanan, tevekkül eden bir yapım var. Dosyayı iyi bilmeyen bir avukat ile savunma yapacak olmamda bir hayır olduğunu düşünüyorum. Mantık ve insaf dışı bir davanın sanığı olarak burada bulunuyorum" dedi.

Televizyonda yayınlanan dizi nedeni ile suçlandığını öne süren Karaca, "Sayın savcı dizi işlerini televizyon sanatını bilmiyor olabilir. Ama hukuka inanıyorsanız evrensel hukuka göre meslek icra ediyorsanız hakkımdaki suçlamaların mantıkla izah edilemeyeceğini de bilmek gerekir. Dizide geçen yasaklı kelimelerle polislerin ne ilgisi var. Halkın tanımadığı bir gruba operasyon yapılacaksa o kişilerin reklamı dizide neden yapılsın? Eş zamanlı operasyon olduğuna göre diğer illerde mesajı nerede almışlar?" şeklinde konuştu.

"Mecazi suçlar filmde hiçbir şekilde suç kabul edilemez"

Şefkat Tepe dizisindeki 'Karanlık Kurul' sahnesine ilişkin iddianamede geçen iddiaları değerlendiren [Hidayet Karaca](#), "Bu dizi onlarca yabancı ülkede satılmış, milyonlarca insanın izlediği bir dizi. Talimat nerede? Hukuki delil var mı? Mecazi suçlar filmde hiç bir şekilde suç kabul edilemez, zira gerçek değil hayaldir" diyerek hakkındaki suçlamaları reddetti.

Tahliye talepleri reddedildi

Karaca'nın ifadesinin ardından, tutuklu sanıkların tahliye talepleri alındı. Ara kararını açıklayan mahkeme heyeti, tutuklu sanıkların tahliye taleplerini reddetti. Duruşma 3-4-6-7 Ekim 2016 tarihine ertelendi.

İddianameden

İddianamede, bir numaralı sanık [Fethullah Gülen](#) ile örgüt yöneticiliği ile suçlanan [Hidayet Karaca](#)'nın "silahlı örgüt kurmak veya yönetmek", "resmi belgede sahtecilik" ve "iftira" suçlarından toplam 70 yıldan 235,5 yıla kadar hapsi isteniyor. Eski emniyet müdürleri [Ali Fuat Yilmazer](#), Yurt Atayün, [Ömer Köse](#)'nin de aralarında bulunduğu 8'i tutuklu diğer 31 sanığın ise, "silahlı örgüte üye olmak", "resmi belgede sahtecilik" ve "iftira" suçlarından toplam 63 yıl 4 aydan 228 yıla kadar hapis cezasına çarptırılmaları isteniyor. - İSTANBUL

Anlage 2

Gazete2023

06 Nisan 2015 Pazartesi 11:15

<http://www.gazete2023.com/medya/emniyet-muduru-omer-kose-den-tuyler-urper-ten-aciklamalar-h33485.html>

3.

4. EMNIYET MÜDÜRÜ ÖMER KÖSE'DEN TÜYLER ÜRPERTEN AÇIKLAMALAR

Bugün gazetesi yazarı Gültekin Avcı, bugünkü yazısında 22 Temmuz sahur operasyonu sonrasında tutuklanıp Silivri Cezaevi'ne gönderilen İstanbul eski TEM Müdürü Ömer Köse ile görüştüğünü söyledi.

Ömer Köse'nin ABD'de FBI'da teröristle müzakere eğitimi aldığını ifade eden Gültekin Avcı, Köse'nin DHKP/C eylemini duyunca kahrolduğunu belirtti.

Ömer Köse'nin anlatımına göre; Vatan Emniyet'e saldıran Elif Sultan Kalsen ve Savcı Mehmet Selim Kiraz'ı şehit Şafak Yayla ayarında 200 DHKP/C'li AKP iktidarında serbest kaldı.

İşte Gültekin Avcı'nın bugünkü yazısı...

200 Ş.Y. dışarıda

Hafta sonu İstanbul eski TEM Müdürü Ömer Köse ile tekrar görüştüm.

Silivri'de kanunsuzca tutuklu bulunan Ömer Köse ABD'de FBI'da teröristle müzakere eğitimi almıştı.

DHKP/C eylemini duyunca kahrolmuştu.

Çünkü DHKP/C teröristleriyle müzakerede görevlendirilen polis Gasp Bürosu'ndandı.

Terör uzmanı değildi.

DHKP/C'yi tanımıyordu.

Örgütün reflekslerini bilmiyordu.

Ömer Köse ile 4. randevumuzda anlattıkları içinde şu enstantaneler önemli:

"...Teröristlerin adliyeye nasıl girdiklerinden çok, bu örgütün o eylemi yapabilecek hale nasıl geldiği önemli..."

Vahim hatalar

Biz istihbarat ve TEM Şubece savcının ölümü sürecinde yapılan vahim hataları yapsaydık o gece görevden alırlardı bizi. Ama bunlar hâlâ görevlerine devam ediyorlar.

Çünkü hükümetle suç birliktelikleri var. Görevden almıyorlar çünkü alsalar Paralel operasyonlarını kime yaptıracaklar?

Cumhurbaşkanı'nın rehinenin öldüğü bir operasyonu yapan polislere teşekkür etmesi, operasyona sahip çıkmak için değil. Paralel operasyonu yapan polislere sahip çıkmak ve onlara moral vermek için...

Bu eylem özel güvenliğin üstüne yıkılarak işin içinden çıkılmaz. Eylem başladığı ilk andan - keşke operasyonu biz yönetseydik, bu operasyon için çıkarsalardı da sonra koyacaklarsa yine hapse koysalardı. Savcımızı kurtaralım, sonra geri cezaevine dönelim- dedik...

DHKP/C'nin tarihinde art arda iki eylem yok. Ama dikkat ederseniz örgüt savcı eyleminin üstünden 24 saat geçmeden Elif Sultan Kalsen'le Vatan Emniyet'e ikinci eylemi koyuyor.

Utanç verici

İstanbul TEM Elif Sultan Kalsen'i tanımıyor. Ne utanç verici. Daha önce hatırlarsanız IŞİD'çi Diana Ramazova'yı Elif sanmışlardı. 48 saat sonra anladılar Diana'nın Elif olmadığını...

Biz 1 yıl içinde yaptığımız operasyonlarla Şafak Yayla gibi yaklaşık 200 DHKP/C örgüt mensubunu aldık. Tutuklandılar. Üstelik bugünün proje mahkemeleri yoktu o zaman. Ciddi ciddi tutuklandı hepsi. Paralel tiyatrosu başlayınca bunların hepsini serbest bıraktılar. Serbest bırakılan bu 200 örgüt mensubunun hepsi de Şafak Yayla ve Elif Sultan Kalsen tarzında, silahlı eylem potansiyeli bulunan militanlardı...

Neden bir karakola değil de Vatan Emniyet'e saldırıyorlar? Çünkü devletin kalbine girdiklerini gösteriyorlar. Seni kalbinde vururum diyor.

Örgütün Vatan Emniyet'e yaptığı eylemin aynısı 2013'te yapılmıştı. Vatan Emniyet'e saldıracak 2 örgüt mensubunu istihbari ve teknik çalışma sonucu Vatan Emniyet'e 100 m kala saldırıyı gerçekleştirilmeden yakaladık...

1,5 yıldır kaç operasyon yapmışlar örgüte? Eylem engelleyici kaç operasyon var? Drijan (yönetici) kadroya operasyon var mı? Yok.

Devam eden projeli çalışmalarımız vardı. PKK, DHKP/C, El Kaide, El Nusra, IŞİD... Hükümetin emriyle bu projelerin hepsi kapatıldı. 3000 teknik dinlemeyi 1-2 ay içinde 300'lere indirdiler. DHKP/C takip ve dinlemeleri durduruldu.

Bu yüz karası operasyon için talimat veren ve operasyona katılan yargılanır. Savcı kimin kurşunuyla vuruldu, hepsi yargılanacaktır...

Uluslararası eğitim almış terör müzakerecileri Silivri'de. Tevhid/Selam terör örgütünü soruşturduklar diye tutuklu bulunuyorlar. Biri benim, FBI'da müzakere eğitimi aldım...

Rehine kurtarma operasyonları kesinlikle TEM'in yetki alanında değildir. Özel Harekât'ın değil de TEM'in operasyon yapması suç. TEM Şube destek birim olarak Özel Harekât'ın yetmediği yerlerde devreye girer. Bu kafayla her rehine ölür...

Bütün Türkiye DHKP/C eylemlerini İstanbul organize eder. Merkez Komite İstanbul'da. İstanbul sorumlusu örgütün fiili Türkiye sorumlusudur. İstanbul'u tutan Türkiye'yi de tutar...

Ülkeden kaçacaklar

Bizim zamanımızda (2013 ilk yarısına kadar) DHKP/C basın açıklamasına kaçacak adam bulamıyordu. Şimdi hâkim-savcılar kapılarını içeriden kilitler hale geldi...

DHKP/C Okmeydanı'nda 3 katlı bir eve çökmüştü. Bu bina kaçaktı, Elektrik ve su da kaçak. Bu binada 11 çelik kapı yaptılar, militanlara eğitim veriyorlardı.

Görevdeyken Başbakan'a Hüseyin Çapkın üstünden 'burası yıkılsın' diye defalarca haber gönderdik. İzin gelmedi. AKP'li Beyoğlu Belediye Başkanı'na da söyledik. Seçim yaklaşıyor diye yıkmadılar...

Bu suçların hesabı elbet verilecek. Yolsuzluğa bulaşan bazı bakanlar, Selam-Tevhid'e bulaşanlar bu ülkeden kaçacaklar.

Ama biz onları kaçtıkları ülkelerden geri getireceğiz..."

Anlage 3

<http://www.yenisafak.com/gundem/paralel-trafik-2448422>

5.

6. Paralel trafik

Mustafa Sait Özkan 04:00 Nisan 09, 2016 Yeni Şafak

Selam-Tevhid kumpasına imza atan 54 hakim-savcı hakkında Bakırköy Cumhuriyet Başsavcılığının hazırladığı iddianame, 'ekip halinde' hareket eden yargı üyelerinin 'altın günü' benzeri ilginç para ilişkilerini ortaya döktü. Paralel örgüte yakın olduğu iddia edilen yargı üyelerinden özellikle 36'sının kendi aralarındaki para alışverişi, grupça toplandıktan sonra 'abilere-imamlara' gönderilen 'himmet'leri akla getirdi. Gözlem altına alınan 2011-2014 arası kayıtlara göre hesaplarındaki hareketlere göre 6 isim öne çıktı. Bu isimler, dönemin özel yetkili savcılarında Ümit Zafer Çolak, MİT Müsteşarı Hakan Fidan hakkında yakalama kararı çıkaran Hakim Mesut Özcan ile yine 7 Şubat'ın mimarlarından Savcı Sadrettin Sarıkaya, 'kamikaze Hakim' Mustafa Başer, Hakim Eşref Aksu ve Savcı Ramazan Saban. Ümit Zafer Çolak'ın 32, Eşref Aksu'nun 29, Mesut Özcan'ın 27, Sadrettin Sarıkaya'nın 23, Mustafa Başer'in 21, Ramazan Saban'ın 23 kez şüpheli hakim savcılarla işlem gerçekleştirdiği tespit edildi.

PARALAR EŞREF AKSU'YA

İddianameye göre, dönemin özel yetkili hakimlerinden Eşref Aksu'ya bir dönem 'ekip'ten para yağdı. 7 Şubat savcısı Sadrettin Sarıkaya, Hakim Aksu'ya 13 Aralık 2012'de 108 bin TL, 22 Ocak 2013'te ise 2 bin TL gönderdi. Sarıkaya'nın dışında, Balyoz hakimlerinden Murat Üründü, özel yetkili savcılardan Mehmet Ali Uysal, Mustafa Boz, Şike davası heyetinde yeralan Hakim Abdullah Öztürk gibi isimler de Aksu'ya para gönderen isimler arasında.

7 Şubat sonrası hesapları kabardı

MİT Müsteşarı Fidan'a yakalama kararı çıkartan Hakim Mesut Özcan'a da sonraki dönemde para yağdı. Kamikaze Hakim Mustafa Başer, Hrant Dink davasında 'örgüt yok' kararını veren Rüstem Eryılmaz, Ergenekon hakimlerinden Dursun Ali Gündoğdu ve Kazım Kahyaoğlu, Özcan'ın hesabına 21 bin 590 lira geçti.

Özcan'a başka bir seferde 6 bin 500 TL gönderen grubun arasında Savcı Sadrettin Sarıkaya da var. Hakan Fidan'ı ifadeye çağırın Savcı Sarıkaya'nın hesabında 7 Şubat'tan 7 gün sonrasında gerçekleşen hareketlilik de dikkat çekici. Buna göre, aralarında Mustafa Başer ve Mesut Özcan'ın da bulunduğu 8 hakim ve savcı, Sarıkaya'nın hesabına toplamda 15 bin 300 TL yatırdı. İleriki dönemde Tahşiye kumpası sanıklarının kurtarmak için kendini feda edecek olan 'kamikaze' Hakim Mustafa Başer'in hesabına da şüpheli meslektaşları tarafından paralar gönderildi.

Kaçak savcı boş geçmedi

Son HSYK seçimlerinde İstanbul Adliyesi'nde 'bağımsız' görünümlü adayların

propagandasını yapan Savcı Durmuş Yiğit'e de çeşitli tarihlerde maaşından fazla para gitti. 10 şüpheli hakim ve savcı, Nisan 2013'te Yiğit'e 13 bin 400 TL gönderirken, 17-25 Aralık darbe girişiminin mimarlarından firari savcı Muammer Akkaş'ın da Yiğit'e aynı yıl eylül ayında 4 bin TL gönderdiği tespit edildi. Poyrazköy davasına bakan Hakim Mehmet Hamzaçebi'ye ise 6 Haziran 2013 tarihinde toplu para gitti. Tek seferde 12 bin lirayı gönderenler ise Savcı Durmuş Yiğit, Hakim Mustafa Başer, Savcı Sadrettin Sarıkaya gibi isimler. Yine Hrant Dink davasında 'örgüt yok' diyen Hakim Rüstem Eryılmaz'a da şüpheli 4 hakim-savcı tarafından Nisan 2012'de 10 bin TL gönderildi. Bu tarihten bir yıl sonra, Nisan 2013'te ise aynı ekipten Savcı Durmuş Yiğit'e 25 bin 900 TL gönderildi. Toplu para hareketleri bunlarla sınırlı değil. Temmuz 2014'te Savcı Ayhan Bedirhan'a 6 hakim-savcı 13 bin 500 TL gönderirken, Hakim Mehmet Hamzaçebi'ye ise Haziran 2013'te 8 şüpheli hakim-savcı 12 bin TL transfer etti.

Anlage 4

Sorge des Verfassungsschutzes: Gezielte Falschmeldungen aus Ankara? ...
<http://www.tagesschau.de/inland/tuerkischer-geheimdienst-101.html>
 1 von 2 19.12.2016 13:27

Sorge des Verfassungsschutzes

Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:
www.tagesschau.de/inland/tuerkischer-geheimdienst-101.html

Gezielte Falschmeldungen aus Ankara?

Stand: 02.12.2016 18:00 Uhr

Ist der türkische Geheimdienst MIT massiv in Deutschland aktiv? Nach Informationen von WDR und NDR teilt die

Bundesregierung diese Sorge der Opposition. Und der Verfassungsschutz befürchtet, dass der MIT auch gezielt mit

Falschinformationen manipuliert.

Von Georg Heil WDR und Reiko Pincheff, NDR

Nach Informationen von WDR und NDR sieht die Bundesregierung eine neue Qualität der Bedrohung durch den türkischen

Nachrichtendienst MIT in Deutschland. Dies wurde im Innenausschuss des Bundestags in vertraulicher Sitzung erörtert. So

liegen deutschen Sicherheitsbehörden Erkenntnisse vor, nach denen der türkische Geheimdienst gezielt versucht, über

Dolmetscher an Informationen aus deutschen Behörden zu gelangen.

Beim Bundesamt für Verfassungsschutz ist eine Auswertungsgruppe zu dem Thema gebildet worden.

Beim Bundesamt für Verfassungsschutz ist deshalb eine eigene Auswertungsgruppe zu dem Thema gebildet worden.

Verstärkte Aktivitäten des MIT werden auch in anderen europäischen Ländern registriert, jedoch sei Deutschland am

stärksten davon betroffen, hieß es im Innenausschuss. Die deutschen Sicherheitsbehörden kooperieren daher auch verstärkt

mit den Diensten der betroffenen Länder, insbesondere mit den französischen Nachrichtendiensten.

Manipulation der Meinungsbildung?

Aus einem Dokument des Bundesamtes für Verfassungsschutz, das WDR und NDR vorliegt, geht zudem die Befürchtung

hervor, dass der türkische MIT versuchen könnte, die öffentliche Meinungsbildung in Deutschland zu manipulieren. Deshalb

soll ermittelt werden, ob und inwieweit der MIT mittels nachrichtendienstlicher Einflussoperationen versucht, getarnt in die

Wahrnehmung von deutschen Institutionen einzugreifen.

Die Sorge ist offenbar, dass der türkische Dienst versucht, die öffentliche Meinung durch Desinformation zu lenken. Ähnliche

Manipulationsversuche der öffentlichen Meinung in Deutschland durch nachrichtendienstliche Desinformationskampagnen

befürchtet der Verfassungsschutz auch durch russische Nachrichtendienste.

Zusammenarbeit in NATO und beim Anti-Terror-Kampf

Das Verhältnis von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zum türkischen MIT gilt als besonders heikel. So sehen

sich die deutschen Dienste einerseits durch die islamistische Bedrohung zur Zusammenarbeit mit dem MIT gezwungen und

Deutschland und die Türkei sind Verbündete im Rahmen der NATO.

Sorge des Verfassungsschutzes: Gezielte Falschmeldungen aus Ankara? ...
<http://www.tagesschau.de/inland/tuerkischer-geheimdienst-101.html>

2 von 2 19.12.2016 13:27

Andererseits ist aber auch klar, dass es in Deutschland zum Ausspionieren von türkischen Oppositionellen durch den MIT

kommt. Im Bundesamt für Verfassungsschutz gilt daher die Maßgabe, keine Daten über Kurden oder türkische Oppositionelle

an den MIT weiterzugeben.

Der Fraktion der Lin kspartei Im Bundestag retcht das jedoch ntcht. Sie fordert weitergehende Konsequenzen. "Das Agieren des türkischen Geheimdienstes In Deutschland Ist rechtswidrig und eine Bedrohung der hier lebenden demokratischen Oppositionellen. Neben strafrechtlichen Maßnahmen sollte dies die Ausweisung der Agenten und eine Beendigung der Kooperation mit dem MIT zur Folge haben~ fordert die InnenpolitikerIn Martina Renner. Ober dieses Thema berichtete WDR5 am 25. November 2016.
EU-Turkei-Beziehung: Wie eine enttäuschte Liebe, ~0.11.2016
Kritik an möglichem Einsatz türkischer Agenten, 22.08.2016
Weltatlas 1 Deutschland

[www.tagesschau.de/Inland/tuerklschel"-gehelmdienst-101.html](http://www.tagesschau.de/Inland/tuerklschel)